

Sehr geehrter Herr Landrat!

Die Schriftleitung des "Aufwärts", der Sie Ihren Aufsatz "Kirche und Staat" zusandten, hatte zunächst gegen die Aufnahme Bedenken. Denn der Aufwärts soll keine Veröffentlichungen bringen, die Verunglimpfungen einzelner Personen oder verletzende Angriffe gegen Behörden enthalten, wie es bei Ihrem Aufsatz der Fall ist. Doch schien er uns als Dokument für die gegenwärtige kirchengeschichtliche Lage so bedeutsam, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollten. Der Abdruck ist daher heute erfolgt.

Damit aber nicht Schweigen als Zustimmung gedeutet werden kann, möchte ich mit der Offenheit, die der Ernst des Augenblicks erfordert, Folgendes aussprechen:

1. Ihr Schreiben steht im Widerspruch zu dem Willen des Reichsoberhauptes. Der Herr Reichspräsident hat Verhandlungen mit den "Vertretern der beiden in Widerstreit befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche" angeordnet. Damit sind diese beiden Richtungen als gleichberechtigte Verhandlungspartner anerkannt. Demgemäß werden die Besprechungen in Berlin durch den Herrn Reichsminister des Innern geführt. Sie dagegen stellen sich als Staatskommissar völlig auf die Seite der einen Partei, während Sie die andere mit Gewalt unterdrücken wollen. Und doch steht zweifellos hinter dieser zum wenigsten in Westfalen die Mehrheit der kirchlich gesinnten Bevölkerung. Ihr Schreiben bedeutet eine ernste Verschärfung des Konfliktes. Aus solcher Verschärfung muß, wie der Herr Reichspräsident schrieb "schwerster Schaden für unser Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden".

2. Ihr Schreiben bedeutet eine Erschütterung staatlichen Ansehens. Wie sehr es bereits durch die sich fortwährend widersprechenden Verfügungen der letzten Wochen gelitten hat, wird Ihnen nicht verborgen geblieben sein. Ich weise nur auf Folgendes hin: Zuerst wird Herr Pfarrer Hossenfelder zum kommissarischen Geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates ernannt. Jedermann weiß, daß er auf diesem Posten auch für den größten Teil der Deutschen Christen untragbar ist. Unter dem Druck dieser Tatsache wird er einige Tage später "beurlaubt" mit einer Begründung, die jeder Kenner der wirklichen Vorgänge nur mit Beschämung lesen kann. Die kirchlichen Körperschaften werden aufgelöst. Nach acht Tagen werden sie für Westfalen wieder in ihr Amt eingesetzt, da sich herausgestellt hat, "daß die bereits früher im Amt gewesenen ihr kirchliches Amt aus dem Bekenntnis herleiten". Sie aber bezeichnen es jetzt zwei Tage später als Ihre Aufgabe "die bisherigen kirchlichen Körperschaften als die Herde der Zersetzung des kirchlichen Einheitsgedankens unter allen Umständen aufzulösen". Durch Verfügung des Staatskommissars vom 5.7. wird die Zusammensetzung der kirchlichen Körperschaften in der Weise geregelt, daß zum mindestens 80% aus den Deutschen Christen entnommen werden sollten. Am folgenden Tage wird von dieser Anordnung erklärt, sie gelte als nicht erlassen. Sie werden sich nach diesen Erfahrungen nicht wundern, wenn die Verfügungen der gegenwärtigen kommissarischen Kirchenregierung nur mit Vorbehalt gelesen werden. Manche zögern, eine Anordnung auszuführen, von der man annehmen muß, daß sie übernommen wieder zurückgenommen wird.

3. Ihre Ausführungen verletzen die Würde der Kirche. Sie behaupten, es seien vier Jahrhunderte hindurch "Worte gewechselt", ohne daß durch die Behauptungen der Theologen auch nur ein einziges Dorf evangelischen Glaubens erobert worden ist". Später dagegen sagen Sie, daß durch die Revolution von 1918 der Kirche eine hundertjährige

gesegnete Tradition zerschlagen sei. Beide Sätze lassen eine Kenntnis der tatsächlichen kirchengeschichtlichen Entwicklung vermissen. Ferner werfen Sie der "falschen Richtung in der Pfarrerschaft" vor, sie habe geglaubt, "dadurch mit der Ewigkeit in engerer Beziehung stehen zu können, wenn sie es sorgfältig vermied, mit beiden Füßen in der Zeit zu stehen und die Zeit mit dem Volk erlebend in das Licht der Ewigkeit zu stellen". Das ist offensichtlich eine kränkende Herabsetzung von Männern, die mit tiefstem Ernst um eine den Aufgaben der Gegenwart entsprechende Gestalt der Verkündigung gerungen haben, längst ehe es eine Bewegung der Deutschen Christen gab. Sie werfen dem Evangelischen Oberkirchenrat und den unterstellten Konsistorien "Verrat gegenüber Gott und Jesus Christus und Verrat gegenüber Volk und Vaterland" vor. Die Konsistorien, von dem Sie schreiben, sind heute noch unsere vorgesetzten geistlichen Behörden. Eine solche Diffamierung von Männern wie D. Weirich oder seines Vorgängers D. Zoellner ist nicht geeignet, bei den Pfarrern "Zucht, Ordnung, Unterordnung, Disziplin", die Sie mit Recht verlangen, zu stärken! Sie werfen Pfarrern, die aus heisser Liebe zur Kirche und um wachsendem Unheil zu wehren, auf völlig gesetzmässigem Wege in Berlin persönliche Schritte tun, vor, sie suchten jetzt "mit ihrem Gewissen in den Ministerien zu hausieren". Damit tasten Sie die Lauterkeit von Männern an, von denen mancher seit Jahren in der nationalsozialistischen Bewegung mit ganzer Hingabe mitgearbeitet hat.

4. Ihr Aufsatz geht bei der Beurteilung der Kräfte und Willensregungen in der evangelischen Kirche von irrigen Voraussetzungen aus. Es wird bei den Lesern der Anschein erweckt, als ob nur bei den Deutschen Christen der Wille zur Neugestaltung der Kirche vorhanden sei, während die anderen "eine volksferne Pastorenkirche und eine Schule der Schriftgelehrten und Pharisäer" haben wollten. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Es ist auch bei denen, die nicht mit der Reichsleitung der Deutschen Christen gehen können eine entschlossene Bereitschaft da, am Zusammenschluß der deutschen evangelischen Kirche und an ihrem äusseren Neubau mitzuarbeiten. Nur sind sie der Meinung, daß dieses Ziel auf dem jetzt beschrittenen Wege der Gewalt und der Unterdrückung jeder freien Meinungsäusserung nicht erreichbar ist. Und sie wollen für das Verhältnis von Staat und Kirche die Grenzen festhalten, die der Reichskanzler in seinen programmatischen Ausführungen so eindeutig festgelegt hat. Vor allem aber wünschen sie, daß die Erneuerung der Kirche aus einem neuen Verstehen und Verkündigen des Evangeliums erfolgt. Das ist die Sorge, die viele ernsthafteste Christenmenschen auch beim Lesen Ihres Aufsatzes erfüllen wird und die ich Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, nicht verschweigen möchte. Er enthält zwar sehr orthodoxe Wendungen. Diese können aber nicht die ernste Befürchtung beseitigen, daß die Verkündigung der Ihnen vorschwebenden neugeformten Kirche sich ebenso sehr vor einer strengen Bindung an die heilige Schrift und das Bekenntnis der Väter scheuen möchte, wie dies in den auch von Ihnen bekämpften Liberalismus der Fall gewesen ist. Darum wird die Fortsetzung dieses Weges unsere Kirche in Wirklichkeit vom Evangelium entfernen, während Sie mit Ihren Freunden hoffen, unsern Volk das Evangelium nahe zu bringen. Hier liegt die tiefe Tragik der gegenwärtigen Entwicklung. Ich kann nur herzlich und dringend bitten, diese Fragen losgelöst von der kirchenpolitischen Erregung der gegenwärtigen Lage in Ihrer letzten Tiefe zu prüfen.

Eine Abschrift dieses Schreibens lasse ich dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichsminister des Innern zugehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,  
gez. F. v. Bodelschwingh.

P.S. Den westfälischen Pfarrern, die mich nach meiner Stellungnahme zu Ihrem Aufsatz fragen, gebe ich von diesem Brief Kenntnis.

D.O.